

Antwort auf den Artikel:

»Zur Lage in den Gewerkschaften: Thesen zur Auseinandersetzung mit der Gruppe Arbeiterpolitik«

aus dem »Funkenflug« (Juni 1979), Betriebszeitung der KPD für die Klöckner-Hütte, Bremen.

Wir drucken im folgenden den Artikel des »Funkenflugs«, auf den wir uns beziehen, vollständig als Faksimile ab. Unsere Leser sollen sich ein eigenes Bild von den Aussagen der KPD machen und sich selbst von deren Zitierweise überzeugen.
Die Redaktion

Der »Funkenflug« vom Juni 1979 bezieht sich in seinem Beitrag auf die Nr. 3 der Arbeiterpolitik vom 1. Mai 1979, und zwar auf den Artikel »Politik der Gewerkschaftsvorstände zersetzt die Gewerkschaften — können wir tatenlos zusehen«. Daraus sind auch alle im FF angeführten Zitate entnommen.

Die KPD und der FF sind auf der Klöckner-Hütte politisch ohne Einfluß. Wir antworten trotzdem auf diesen Beitrag, weil die Auseinandersetzung mit und innerhalb der Gewerkschaften eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der BRD spielt, und weil wir es für nötig halten, Ansichten, wie sie im FF verbreitet werden, politisch entgegenzutreten.

Laut Überschrift will sich die KPD in ihrem Beitrag mit Thesen der Gruppe Arbeiterpolitik auseinandersetzen. In Wirklichkeit veranstaltet sie jedoch ein Schattenboxen. Praktisch alle Zitate aus unserem Artikel werden in einen

falschen und z. T. sinnlosen Zusammenhang gestellt. Müßten unsere Aussagen so lange zurechtgestaucht werden, bis sie den richtigen Hintergrund für die bereits paraten Antworten abgeben haben?

Im FF werden drei Punkte behandelt, auf die wir im folgenden eingehen:

- Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche
- Zum Zustand der innergewerkschaftlichen Demokratie
- Wie die Arbeitereinheit in den Gewerkschaften herstellen?

Unter Punkt 1 »Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche« wird folgende Frage gestellt:

»Kann das Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks — die Festschreibung der 40-Std-Woche, auf weitere 5 Jahre — erklärt werden aus der »zunehmenden Hilflosigkeit des Gewerkschaftsapparates« gegenüber der Taktik der Unternehmer oder aus der »Passivität und Ratlosigkeit« des Gewerkschaftsapparates gegenüber den Unternehmern, wie es die Genossen der Arbeiterpolitik meinen? Sind Gewerkschaftsführer wie Loderer und Herb hilflos und unfähig angesichts der Angriffe der Kapitalisten und taugen sie daher nicht und müßten abgesetzt werden?«

Aus einem Funken kann ein Steppenbrand entstehen (Nao Terouga)



FUNKEN FLUG

Betriebszeitung der KPD
für die Kollegen der Klöckner-Hütte

Zur Lage in den Gewerkschaften: Thesen zur Auseinandersetzung mit der Gruppe Arbeiterpolitik

In Nummer 1 der Arbeiterpolitik vom 1. Mai 79 versuchen die Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik eine kritische Beleuchtung des Zustandes der Gewerkschaften angesichts der Ergebnisse des Stahlarbeiterstreiks und der Maßnahmen des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG-Chemie, seine reaktionäre Satzungsänderung durchzusetzen. Wir wollen zu einigen der Thesen Stellung nehmen und Fragen aufwerfen, um einen Schritt weiter zu kommen dabei, die »fehlenden Antworten im Gewerkschaftskampf« (1) zu finden.

1. Zum Kampf um die 35-Stunden-Woche
Kann das Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks — die Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf weitere 5 Jahre — erklärt werden aus der »zunehmenden Hilflosigkeit des Gewerkschaftsapparates« gegenüber der Taktik der Unternehmer oder aus der »Passivität und Ratlosigkeit« des Gewerkschaftsapparates gegenüber den Unternehmern, wie es die Genossen der Arbeiterpolitik meinen? Sind Gewerkschaftsführer wie Loderer und Herb hilflos und unfähig angesichts der Angriffe der Kapitalisten und taugen sie daher nicht und müßten abgesetzt werden?

Wir meinen nein!
Der 1. Vorsitzende der IG, Eugen Loderer, weiß was er sagt, wenn er meint: »Der Stahlarbeiterstreik hat sich gelohnt«, denn das Ergebnis des Streiks ist in seinem Sinn. Schon auf dem Gewerkschaftstag 1978 haben Funktionäre wie er gegen die massiven For-

derungen von Vertrauensleuten und Betriebsratsvereinigungen nach der 35-Stunden-Woche dafür gekämpft, daß diese Forderung nur als Empfehlung aufgenommen wurde. Und warum hat die IG nicht bundesweit an seinen Strang gezogen? Sicherlich gibt es gewisse Widersprüche zwischen dem einzelnen Streik- und Ortsvereinigungen und dem Hauptvorstand. Aber es war ein Schlag ins Gesicht der kämpfenden Stahlarbeiter, als der erweisenermaßen kampferprobte Bezirk Nordwürttemberg/Südbaden unter Streikführer für die diversifizierte Terrifirma genau die Forderungen aufstellte, die den Angehörigen der Stahlkapitalisten waren.

Es reicht es nicht aus, Loderer und Herb als »Partner der Unternehmer«, als »Bürokraten« in der Gewerkschaft zu kritisieren. Sie haben aktiv gegen die Forderungen und den Kampf der Gewerkschaftsbesitz Kapitalisteninteressen im Stahlstreik durchgesetzt. Dazu haben sie die Taktik des Schwerpunktstreiks benutzt und dabei hat ihnen die Klasse geholfen, daß 75 % für den Streik stimmen müssen, aber 25 % Zustimmung zum Ergebnis für die Annahme ausreicht.
Die Forderung der Vertrauensleute von Hoesch und Hahnemann nach Absetzung von Herb war darauf eine klare Antwort.

2. Zum Zustand der innergewerkschaftlichen Demokratie
Wenn »Satzungen mißachtet werden«, wenn »demokratische Mitgliederrechte ignoriert« werden, kann man da sagen

wie ihr, Genossen der Arbeiterpolitik, das sei? Ausdruck fehlender Kraft der gewerkschaftlich Organisierten und ihr mühsamer Einsatz durch bürokratische »Nitel«? Ihr stellt selbst fest, daß »die Gewerkschaftsführung die Belohnung der Organisation« nicht will. Aber muß man nicht weitergehen? Warum gibt es keinen Betriebsgruppen in der IG mehr? Warum sind die Jugendgruppen aufgelöst? Warum gibt es kaum in einem Betrieb gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen? Wann sind die Unversammlungsbeschlüsse in die Satzung aufgenommen worden? Warum gibt es keinen Bezirksaktiven Gewerkschaftler, fortschrittliche Vertrauensleute und Betriebsräte wie die Liste 2 bei Daimler-Benz in Stuttgart und Kommunisten ausgesprochen worden? Hier geht es um mehr, als »Kritik und andere Meinungen« in der Organisation zu unterdrücken«. Hier soll eine kämpferische Praxis der Gewerkschaftsbesitz verhindert werden, angefangen davon, daß es keine Möglichkeit für einen organisatorischen Zusammenschluß der aktiven Gewerkschaftler und Vertrauensleute mehr geben soll bis dahin, daß aktive und kämpferische Kollegen als gewerkschaftsfähig ausgeschlossen werden. Und danach werden sie in der Regel von den Kapitalisten entlassen. Demokratie in den Gewerkschaften das bedeutet nicht nur, sich gegen eingesetzte Gewerkschaftsfunktionäre und ihre Praxis zu wenden. Das bedeutet auch, massiv für die Forderung einzutreten! Die Unversammlungsbeschlüsse müssen fallen!

3. Wie die Arbeitereinheit in den Gewerkschaften herstellen?

Genossen der Arbeiterpolitik, wenn bemerkt ihr angesichts der Streik- und Kampfaktionen der Metall-, Drucker, der Chemiarbeiter allein in den letzten 2 Jahren die »Untätigkeit« und »Passivität« der Gewerkschaftsmitglieder. Viele Vertrauensleute und Gewerkschafter haben aus den Erfahrungen des Metallstreiks 1978 in Baden-Württemberg, des Streik der Drucker und zuletzt aus dem Stahlarbeiterstreik die Konsequenz bewußten Zusammenschlusses und kontinuierlicher Arbeit — sei es betrieblich oder überbetrieblich — gezogen. Das zeigen die Arbeit der Arbeitereinheit von Piskat bei Daimler-Benz, Zusammenschlüsse im Ruhrgebiet wie bei Hahnemann und Hoesch. Und auch bei Klöckner hat ein gewerkschaftlicher Arbeitereinheit angefangen, der die aktive Arbeit im Interesse der Kollegen organisieren will.

Euch von der Gruppe Arbeiterpolitik und uns als Kommunisten hilft kein Jammern. Vielmehr stellt sich die Aufgabe, diese Zusammenschlüsse aktiv zu fördern. Nicht das fehlende Bewußtsein von Arbeitern ist zu beklagen, sondern das Bewußtsein ist voranzubringen in Entlarvung und in Angriffen auf die Machenschaften der Kapitalisten aber auch all jene Kräfte und Momente, die die Klasse und die Gewerkschaften spalten.

Dabei gilt es nicht, die »Erstreckung der Gewerkschaften« aufzuhalten, indem dem »drohenden Zerfall des Apparates« entgegengehandelt wird. Dabei gilt es, »smilliche aktives Bestreben der Gewerkschaftsmitglieder und fortschrittlicher Vertrauensleute zu unterstützen, die im Interesse der Klasse den Kampf für höhere Löhne, für Arbeitszeitverkürzung und gegen Nationalisierung, für Demokratie in den Gewerkschaften begonnen haben und organisieren wollen.«

Es ist falsch zu meinen, der Gewerkschaftsapparat sei nur von einigen »Bürokraten« zu reinigen, denn lange er schon als Kampfinstrument der Arbeiterklasse. Nicht »Bürokraten« bilden die Gewerkschaftsführungen. Loderer und Herb sind aktive Klassenvertreter der Kapitalisten. Demgegenüber setzen sie alles daran, die geringsten Formen aktiver gewerkschaftlicher Arbeit der Gewerkschaftsbesitz zu zerstören.

Dagegen gilt es, den Kampf um Demokratie in den Gewerkschaften, wie ihn unterschiedliche Zusammenschlüsse von Kollegen begonnen haben, aktiv zu fördern. Es gilt, die Einheit und Schlagkraft der Arbeiter in solchen Zusammenschlüssen zu unterstützen.

Nun beschäftigt sich unser Artikel in der Arpo Nr. 3 nicht mit einer Einschätzung des Stahlstreiks, sondern mit der Politik der Gewerkschaftsvorstände im Zusammenhang mit den Vorfällen in der IG Chemie. Die beiden Absätze, aus denen die Zitate stammen, lauten:¹

«Diese Politik der Gewerkschaftsvorstände hat der Organisation gerade jetzt, wo besondere Aktivitäten notwendig werden, neue Fesseln angelegt und sie in eine verstärkte Passivität hineinmanövriert. Diese Tarifvertrags-Politik (teile und herrsche) ist gefährlich, weil sie immer mehr ein Zersetzungs-Instrument in den Händen der Unternehmer wird. Die zunehmende Hilflosigkeit des Gewerkschaftsapparates gegenüber dieser Entwicklung ermuntert die Arbeitsgerichte geradezu, Urteile zu fällen, nach denen Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb zwar die IG Metall-Zeitung verteilen dürfen, nicht aber die Organisation selbst, oder daß Vertrauensleutewahlen im Betrieb verboten werden können – und viele «kleine» Dinge mehr.

Neben der Passivität und Ratlosigkeit gegenüber den Unternehmern finden wir aber auch wachsende Aktivität desselben Gewerkschaftsapparates, nur richtet sie sich nach einer anderen Seite – nach der der kritischen Mitglieder und Vertrauensleute. Also nach der Seite, die die organisatorische und finanzielle Grundlage der Gewerkschaften bildet und der die Gewerkschaftsführungen eigentlich zu dienen hätten – und von der allein eine neue Belebung der Gewerkschaften ausgehen kann.»

Mit den hier verwendeten Begriffen »zunehmende Hilflosigkeit«, »Passivität und Ratlosigkeit« wird an keiner Stelle das Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks erklärt, sondern sie dienen zur Kennzeichnung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaftsvorstände, die den Gewerkschaften Fesseln anlegt und die Belegschaften aufspaltet. Auch bezeichnen wir an keiner Stelle – wie im FF der Eindruck erweckt wird – Loderer und Herb als hilflos und unfähig und fordern deren Absetzung.

Wie wird nun im »Funkenflug« auf die gestellte Frage – wie das Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks zu erklären ist – geantwortet?

«So reicht es nicht aus, Loderer und Herb als »Partner der Unternehmer«, als »Bürokraten« in der Gewerkschaft zu kritisieren. Sie haben aktiv gegen die Forderungen und den Kampf der Gewerkschaftsbasis Kapitalisteninteresse im Stahlstreik durchgesetzt. Dazu haben sie die Taktik des Schwerpunktstreiks benutzt und dabei hat ihnen die Klausel geholfen, daß 75 % für den Streik stimmen müssen, aber 25 % Zustimmung zum Ergebnis für die Annahme ausreicht.

Die Forderung der Vertrauensleute von Hoesch und Mannesmann nach Absetzung von Herb war darauf eine klare Antwort.»

Die Antwort lautet also: Loderer und Herb sind nicht nur hilflos und unfähig, sondern sie haben sogar im Stahlstreik aktiv (d. h. bewußt) Kapitalisteninteressen durchgesetzt, und zwar gegen die Forderungen und den Kampf der Gewerkschaftsbasis. Die Forderung nach Absetzung von Herb ist darauf eine klare Antwort.

Mit dieser Erklärung bleiben aber noch einige Fragen offen. – Was wird eigentlich durch die Absetzung von Herb geändert, und wer soll an seine Stelle treten? Wie soll diese Absetzung denn erreicht werden? Müßte da nicht fast der gesamte Gewerkschaftsapparat abgesetzt werden, in dem Herb doch nur eine untergeordnete Rolle spielt?

– Wie ist es Loderer und Herb denn gelungen, gegen die »Forderungen und den Kampf der Gewerkschaftsbasis« ihren Verrat durchzusetzen? Sitzen in der Tarifkommission vielleicht auch mehrheitlich aktive Interessenvertreter des Kapitals?

– Wie ist denn trotz der »Forderungen und des Kampfes der Gewerkschaftsbasis« das Ergebnis der Urabstimmung von 51 % für das Verhandlungsergebnis zu erklären?

Man sieht: Die wirklichen Vorgänge können mit dieser Erklärung von dem Verrat der Führung und dem Kampf der Gewerkschaftsbasis nicht erklärt werden. Deshalb wird im FF auch gar nicht weiter auf diese lästige Wirklichkeit eingegangen.

Wir haben eine Einschätzung von Verlauf und Ergebnis des Stahlarbeiterstreiks in der Arbeiterpolitik Nr. 2 gegeben. Zur zentralen Frage, warum der Streik nicht ausgeweitet worden ist, wie viele Vertrauensleute und streikende Kollegen es gefordert haben, haben wir folgendes geschrieben:

«Die IG-Metall hat zwar von »Ausweitung« geredet, aber die Führung hat zur Vorbereitung nichts getan, deshalb war das nur Bluff. Was heißt »Ausweitung« im Fall des Stahlarbeiterstreiks? Vollstreik und das heißt, andere Industriezweige, vor allem die Automobilindustrie, in den Kampf der Stahlarbeiter einzubeziehen. Daß diese Forderung von den Streikenden überhaupt gestellt wurde, ist ja die Konsequenz ihrer Erfahrung, daß die von den Gewerkschaften beschränkt getroffenen Kampfmaßnahmen – beschränkt, weil sie den Unternehmern ja nicht schaden sollten – nicht ausreichen, auch nur einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu erreichen.

Schon am Beginn des Streiks wurde sogleich von den Unternehmern nach der politischen Schlichtung gerufen, die die IG Metall-Führung dann akzeptiert hat. Die Anrufung der politischen Schlichtung bedeutet, daß eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern – entsprechend den Forderungen von unten her – die Konfrontation mit Staat und Regierung zur Folge gehabt hätte. Der Rahmen der sogenannten Tarifautonomie hätte überschritten werden müssen. Die Autonomie der Tarifpartner, die Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist bestimmt und beschränkt durch die bestehende wirtschaftliche Lage und politischen Machtverhältnisse in der BRD. Diese Beschränkung zu überwinden, erfordert Schritte, die die Gewerkschaftsführung von sich aus nicht gehen kann und auch nicht gehen will, weil sie dann ihr Verhältnis zu den Unternehmern und damit die Grundlage ihrer Tätigkeit als Sozialpartner gefährden würde.

Die Arbeiter können jedoch noch nicht diesen Schritt machen, auch wenn manche von ihnen es wollen, weil für seine Verwirklichung wichtige Voraussetzungen noch fehlen. In vielen Metall-Tarifbezirken haben die Metallarbeiter den Einstieg in die 35-Stunden-Woche bei den Stahlarbeitern als Vorreiter für die Nachfolgen angesehen. Die Forderung nach Ausweitung des Streiks steht dem Abstimmungsergebnis von 51 % gegenüber. Von den Befürwortern der Ausweitung wird darauf hingewiesen, daß die »Mehrheit der Stahlarbeiter aus den Streikbetrieben das Verhandlungsergebnis abgelehnt hat«. Wenn es so ist – und mit Einschränkungen, z.B. Klöckner/Br., ist der Feststellung zuzustimmen – so war doch offenbar die Forderung nach Ausweitung noch nicht die Forderung der Mehrheit der vom Streik bislang nicht betroffenen Kollegen der Stahlindustrie. Wir glauben, daß diese Feststellung in noch größerem Ausmaß für die Arbeiter der Automobilindustrie und deren Zulieferbetriebe zutrifft.»²

Bürokratie und Mitgliedschaft stehen zueinander in einer engen Wechselwirkung und Wechselbeziehung. Die Theorie vom Verrat der Führung einerseits und der Kampfbereitschaft der Mitgliedschaft andererseits ignoriert diese Wechselwirkung und entspricht nur dem bürgerlichen Geschichtsverständnis, daß es die Männer sind, die Geschichte machen. Statt die Notwendigkeit eigenen Handelns der Arbeiterschaft in den Mittelpunkt zu stellen, sucht sie die Schuldigen in den Personen des Gewerkschaftsapparates und fordert deren Ablösung, die doch in Wirklichkeit an den derzeitigen Verhältnissen überhaupt nichts ändern würde.

Es ist daher einseitig und falsch, das Ergebnis des Stahlstreiks dadurch zu erklären, daß Loderer und Herb aktiv Kapitalisten-Interessen durchgesetzt hätten, und zwar gegen die Forderungen und den Kampf der Gewerkschaftsbasis. Diese Erklärung durch Verrat hat nur Schimpfen auf die Gewerkschaftsführung zur Folge. Die Politik der Gewerkschaftsführer ist nicht aus deren persönlicher Schwäche zu erklären, sondern sie ist Ausdruck des Reformismus, der sich aufgrund historischer Voraussetzungen entwickelt hat und den die deutsche Arbeiterschaft trotz vieler Kämpfe und Opfer noch nicht hat überwinden können. Die Gewerkschaftsführung muß heute wieder mit ihrer reformistischen Politik zunehmend in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter kommen. Unsere Aufgabe ist es nicht, die Kollegen gegen irgendwelche Personen aufzuhetzen, sondern in den Auseinandersetzungen die Erfolglosigkeit der reformistischen Politik

¹ Die Zitate sind hervorgehoben.

² Arpo Nr. 2/1979, S. 10 ff.

zunehmend in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter kommen. Unsere Aufgabe ist es nicht, die Kollegen gegen irgendwelche Personen aufzuhetzen, sondern in den Auseinandersetzungen die Erfolglosigkeit der reformistischen Politik konkret aufzuzeigen und uns in diesen Auseinandersetzungen langsam wieder Vertrauen zu erwerben. Mit Schimpfen und kraftmeiernden Angriffen, hinter denen keine Kraft steht, erreichen wir jedoch das Gegenteil: Wir isolieren uns von den Arbeitern und machen sie mit Recht mißtrauisch gegen eine solche Politik.

Zur Forderung nach der Ablösung Herbs haben wir in der Arbeiterpolitik Nr. 2, S. 12, geschrieben:

«Die Person Herbs ist ein Stein in dem Mosaik der Gewerkschaftsbürokratie, deren politischer und organisatorischer Einfluß nicht dadurch beendet wird, daß ein Steinchen aus dem Mosaik herausgenommen und ein neues eingefügt wird. Die Forderung der Ablösung Herbs bekommt allein dadurch einen wirklichen Wert für die Arbeiter.

1. weil und insoweit sie verbunden ist mit der längst fälligen und bislang von den Arbeitern versäumten Auseinandersetzung der Mitglieder und Vertrauensleute mit der Gewerkschaftsführung über die Fragen der Politik und Strategie der Gewerkschaften...

2. daß es nicht damit getan ist, Forderungen auf Abberufung zu erheben, daß wir uns auch zusammenschließen müssen, um die Verwirklichung durchzusetzen. Dann allerdings bekommt die Forderung nach Abberufung Herbs einen gewerkschaftspolitischen Charakter, der für die Zukunft unserer Gewerkschaften von großer Bedeutung ist.

«Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme» (Marx an Bracke).»

Unter Punkt 2, «Zum Zustand der innergewerkschaftlichen Demokratie» stellt der Funkenflug folgende Frage:

«Wenn »Satzungen mißachtet werden«, wenn »demokratische Mitgliederrechte ignoriert« werden, kann man da sagen wie Ihr, Genossen der Arbeiterpolitik, das sei »Ausdruck fehlender Kraft der gewerkschaftlich Organisierten und ihr mühsamer Ersatz durch bürokratische Mittel«? Ihr stellt selbst fest, daß »die Gewerkschaftsführung die Belebung der Organisation« nicht will. Aber muß man nicht weitergehen?»

Leider wird auch hier unsere Aussage völlig entstellt und falsch wiedergegeben, wie folgender Absatz aus unserem Artikel zeigt:

«Mit der Berufung von Vertrauensleuten durch die Vorstände entsteht in den Augen vieler Gewerkschafter die Gefahr, daß sich die Vorstände die Delegierten-Basis, durch die sie gewählt werden, selbst bestimmen. Die Bestellung betrieblicher Vertrauensleute in verschiedenen Großbetrieben ist Ausdruck fehlender Kraft der gewerkschaftlich Organisierten und ihr mühsamer Ersatz durch bürokratische Mittel — denn betriebliche Vertrauensleute können nur im Einvernehmen mit den Unternehmern bestehen und arbeiten. Indem sie jetzt fest in die Satzung der IG Chemie eingebaut werden sollen, wird die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben an das Wohlwollen der Unternehmer gekettet. Schöne Aussichten.»

Hier dreht es sich nicht um die »Mißachtung von Satzungen« oder die Verletzung demokratischer Mitgliederrechte«, sondern um die Satzungsänderung der IG Chemie, nach der betriebliche Vertrauensleute zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten bestellt werden können. Diese Satzungsänderung wäre unnötig, wenn die Gewerkschaft die Kraft hätte, in allen Großbetrieben nur gewerkschaftliche Vertrauensleute zu wählen und die Wahl betrieblicher Vertrauensleute zu verhindern. Die Satzungsänderung ist ein bürokratisches Ersatzmittel für diese fehlende Kraft.

Nach dieser Richtigstellung jedoch zur Antwort, die der Funkenflug auf seine selbstgestellte Frage gibt:

«Hier geht es um mehr, als »Kritik und andere Meinungen in der Organisation zu unterdrücken«. Hier soll eine kämpferische Praxis der Gewerkschaftsbasis verhindert werden, angefangen davon, daß es keine Möglichkeit für einen organisatorischen Zusammenschluß der aktiven Gewerkschafter und Vertrauensleute mehr geben soll bis dahin, daß aktive und kämpferische Kollegen als gewerkschaftsschädi-

gend ausgeschlossen werden. Und danach werden sie in der Regel von den Kapitalisten entlassen. Demokratie in den Gewerkschaften: das bedeutet nicht nur, sich gegen eingesetzte Gewerkschaftsfunktionäre und ihre Praxis zu wenden. Das bedeutet auch, massiv für die Forderung einzutreten: Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen!»

Was sagt diese Antwort eigentlich aus? Die Konflikte zwischen Führung und Basis werden dadurch erklärt, daß die Führung eben eine kämpferische Praxis der Gewerkschaftsbasis verhindern will. Aber warum will sie das? Und warum läßt sich das die kämpferische Basis einfach so bieten? Und was heißt das denn: Demokratie in den Gewerkschaften bedeutet, massiv für die Forderung einzutreten, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen? Warum wird uns denn nicht gesagt, wie das zu erreichen ist, daß die Kollegen massenhaft für diese Forderung eintreten und sie auch durchsetzen? Diese Antwort ist nur hilfloses Gerede und hört da auf, wo sie eigentlich anfangen sollte.

Auch unter Punkt 3, «Wie die Arbeitereinheit in den Gewerkschaften herstellen», ist der Funkenflug nicht um markige Worte verlegen. Zunächst einmal wird gönnerhaft dargetan, daß der Gruppe Arbeiterpolitik und den Kommunisten (man bemerke den feinen Unterschied) kein Jammern hilft, wie wir es bisher getan haben. Nun, wir wollen den schlampigen Journalismus des Funkenflugs nicht bejammern, das ist seine Sache. Welche Antwort wird nun auf die gestellte Frage gegeben, wie die Arbeitereinheit in den Gewerkschaften herzustellen ist?

«Vielmehr stellt sich die Aufgabe, diese Zusammenschlüsse aktiv zu fördern. Nicht das fehlende Bewußtsein von Arbeitern ist zu beklagen, sondern das Bewußtsein ist voranzubringen in Entlarvung und in Angriffen auf die Machenschaften der Kapitalisten aber auch all jener Kräfte und Momente, die die Klasse und die Gewerkschaften spalten.

Dabei gilt es nicht, die »Zerstörung der Gewerkschaften« aufzuhalten, indem dem »drohenden Zerfall des Apparats« entgegengearbeitet wird. Dabei gilt es, sämtliche aktiven Bestrebungen der Gewerkschaftsmitglieder und fortschrittlicher Vertrauensleute zu unterstützen, die im Interesse der Klasse den Kampf für höhere Löhne, für Arbeitszeitverkürzung und gegen Rationalisierung für Demokratie in den Gewerkschaften begonnen haben und organisieren wollen. Es ist falsch zu meinen, der Gewerkschaftsapparat sei nur von einigen »Bürokraten« zu reinigen, dann taugte er schon als Kampfinstrument der Arbeiterklasse. Nicht »Bürokraten« bilden die Gewerkschaftsführungen. Loderer und Herb sind aktive Interessenvertreter der Kapitalisten. Deswegen setzen sie alles daran, die geringsten Formen aktiver gewerkschaftlicher Arbeit der Gewerkschaftsbasis zu zerstören.

Dagegen gilt es, den Kampf um Demokratie in den Gewerkschaften, wie ihn unterschiedliche Zusammenschlüsse von Kollegen begonnen haben, aktiv zu fördern. Es gilt, die Einheit und Schlagkraft der Arbeiter in solchen Zusammenschlüssen zu unterstützen.»

Zusammenschlüsse von Arbeitern, aktive Bestrebungen usw. zu unterstützen ist sicherlich richtig. Doch wie soll das gemacht werden? Das Bewußtsein der Arbeiter soll durch Entlarvungen und Angriffe auf die Machenschaften der Kapitalisten und ihrer aktiven Interessenvertreter innerhalb der Gewerkschaften vorangebracht werden. Was heißt das anderes, als den Arbeitern durch Agitation und Propaganda das richtige Bewußtsein beibringen zu wollen, z. B. durch eine falsche Erklärung des Stahlarbeiterstreiks oder durch das Hineintragen von Forderungen, hinter denen zwar die KPD steht, nicht aber die Arbeiter.

Die historische Erfahrung zeigt uns, daß das Bewußtsein der Arbeiter nicht nur durch Worte zu verändern ist. Bevor die Arbeiter den Reformismus — der zäh ist und sich mit allen Mitteln verteidigen wird — überwinden können, müssen sie doch erst selbst die Erfahrung machen, daß dieser ihren eigenen Interessen entgegensteht. Zu Beginn der Weimarer Republik hat deshalb die damalige KPD die Taktik der Einheitsfront entwickelt, die bis 1923 darin bestand, zusammen mit den reformistisch gesinnten Arbeitern wirkliche Massenkämpfe zu führen, um diese Arbeiter aufgrund der eigenen Kampferfahrungen vom Reformismus loszulösen.

Diese erfolgreiche Taktik wurde aus Gründen, die nichts mit der Lage und den Erfordernissen des Klassenkampfes in Deutschland zu tun hatten, durch einen ultralinken Kurs abgelöst, der die Kommunisten von den reformistisch gesinnten Arbeitern isolierte und so den bankrotten Reformismus nicht revolutionär überwinden konnte.

Diese historischen Erfahrungen sind nicht einfach auf heute zu übertragen, sie helfen uns jedoch, heute ähnliche Fehler zu vermeiden. Schimpfen auf die reformistischen Führer ist heute genauso verhängnisvoll und falsch wie damals.

Auf welche realen Voraussetzungen gründet sich z. B. die Aussage des »Funkenflugs«, daß es nicht gilt, die Zerstörung der Gewerkschaften aufzuhalten? Oder daß es statt dessen gilt, »die Einheit und Schlagkraft der Arbeiter in solchen Zusammenschlüssen zu unterstützen«? Wo gibt es denn heute Einheit und Schlagkraft der Arbeiter. Die Genossen von der KPD wissen anscheinend ganz genau, was gilt und was nicht gilt. Aber worauf sie ihre Aussagen stützen, erfahren wir nicht, weil es nichts anderes ist, als ihr Wunschdenken.

Solange in der Hochkonjunktur der Gewerkschaftsapparat Erfolge vorzuweisen hatte, hat sich das Problem der innergewerkschaftlichen Demokratie für die Mitglieder nicht gestellt. Erst heute, wo die Gewerkschaftsführung mit ihrer reformistischen Politik dem Unternehmerangriff nichts mehr entgegenzusetzen kann, fängt eine Minderheit aktiver Kollegen an, über die Zukunft der Gewerkschaftspolitik nachzudenken. Der Apparat versucht mit allen Mitteln, diese kritische Auseinandersetzung mit seiner Politik zu verhindern. Die große Gefahr besteht darin, daß durch diese Unterdrückung vielen Kollegen das Interesse genommen wird, sich gewerkschaftlich zu betätigen, und daß sie sich abwenden von der Gewerkschaft und resignieren. Das stärkt nicht die Kampfkraft der Arbeiterklasse, sondern schwächt sie. Welche Antwort haben wir darauf in unserem Artikel zu geben versucht?

»Es ist die Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, gegen die selbstherrlichen Methoden von Bürokraten in unseren

Organisationen zu protestieren, die sich den Mitgliedern nicht mehr verantwortlich fühlen...»

Können wir weiterhin zusehen, wie Arbeiter, die von Manager-Bürokraten aus unseren Organisationen geworfen wurden, von denselben obendrein den Unternehmern als »Rote«, »Chaoten«, »ausgeschlossene« Gewerkschafter bekanntgegeben werden? Wir müssen gegen Polizei-Methoden, die das kollegiale Klima in den Gewerkschaften zerstören, den Kampf aufnehmen.

Schon einmal hat die Gewerkschaftsführung die deutschen Gewerkschaften den Gegnern der Arbeiterbewegung ausgeliefert am 1. Mai 1933...

Heute hängt es von uns ab, ob wir die beginnende Aushöhlung und Zerstörung der Gewerkschaften durch den Führungsapparat dulden oder ob wir denen zu Hilfe kommen, die sich dagegen wehren. Nur so können wir uns in der Gewerkschaft den Raum verschaffen, der notwendig ist, um den Unternehmern stärker als bisher entgegenzutreten zu können.

Die Gewerkschaftsführung kann recht und schlecht vielleicht den Gewerkschaftsapparat verwalten, aber der Organisation nicht mehr die Kraft geben, daß die Mitglieder mit ihr die jetzigen und noch kommenden Angriffe der Unternehmer abwehren können. Deswegen genügt es nicht, die Führung der Zerstörung der Zukunft der Gewerkschaften anzuklagen - wenn die Mitglieder nicht gleichzeitig ihre Passivität (auf die sich der Apparat stützt) überwinden und dem drohenden Verfall durch stärkere Beteiligung entgegen-treten. In diesem Sinne sind innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen wie jüngst in Hann. Münden, zuvor schon in der IG Druck anläßlich des Raster-Tarif-Abschlusses unter den Stahl-Kollegen in Mülheim oder bei Daimler in Stuttgart die Lebensluft in der bewußte gewerkschaftliche Einheit erst wachsen kann. Und nur dort entwickeln sich die uns heute fehlenden Antworten auf die Fragen im Gewerkschaftskampf.«

Anzeige

Nach 30 Jahren wieder zugänglich!

Arbeiterpolitik

Nr. 1 Ende November 1948 Preis -30 DM

1. Die Befehlsmächte Die Weimächte
Drei Jahre nach Ende des zweiten Weltkrieges ist die Lage Deutschlands und insbesondere der Arbeiterklasse trostloser denn je zuvor. Vor allem die deutsche Arbeiterklasse ist zum Hauptopfer der Entwicklung der letzten 15 Jahre geworden. Aus Angst vor der deutschen und ihren eigenen Arbeiterklassen haben die westlichen Bourgeoisien Hitler aktiv und passiv unterstützt, bis er jenes Maß an Kraft erreichte, welches ihm ermöglichte, zum zweiten Weltkrieg anzutreten. Es war dies kein »Fehler« der Politik der westlichen Bourgeoisien, wie sie heute weiszumachen suchen, sondern die Konsequenz ihrer Politik, die die innere Klassenverwandtschaft zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus klar hervortreten läßt, zum Untertand von den banalen sozialdemokratischen Redensarten vom »autoritären« - demokratischen Gegenfalsch. Mit der militärischen Niederlage brach nicht nur der Nazi-Imperialismus zusammen, sondern auch der eng mit ihm verbundene Staatsapparat. Die bis dahin erfolgten sozialen Umwidmungen, die weitgehende Vernichtung des Mittelstandes, die Proletarisierung der überwältigenden Masse der Nation, der moralische und materielle Bankrott der deutschen herrschenden Klassen - all das erzeugte ein Verhältnis der Klassen innerhalb der deutschen Gesellschaft, in dem ein Sieg der proletarischen Revolution keine entscheidenden inneren Kräfte mehr im Wege standen. Deutschland war und ist überreif für den Sozialismus. Der Sieg des Nationalsozialismus hat gerade wegen seiner sozialdemagogischen Maske bewiesen, daß der Sozialismus bereits mit der Kraft eines gesellschaftlichen Vorurteils in den Köpfen der werktätigen Massen festsitzt. Aber Deutschland ist nicht Rumänien oder Bulgarien. Wirtschaftlich, politisch und klassenmäßig ist Deutschland das Herz des alten Kontinents. Geht Deutschland zum Sozialismus über, so kann es nicht lange dauern, bis ganz Europa mit dem Kapitalismus Schluß macht. War die Veränderung dieses Überganges eines der Hauptziele der westlichen Bourgeoisien seit dem ersten Weltkrieg, hatte es zur Unterfütterung Hitlers geführt, so ist die gegebene Form der Fortsetzung der gleichen Politik in einer Epoche, in der ausreichende innere Kräfte nicht mehr vorhanden sind, um allein mit der Arbeiterklasse Deutschlands fertig zu werden - die Befehlsmacht des Landes durch Truppen des kapitalistisch-imperialistischen Weltens. Der historische Sinn dieser Befehlsmacht liegt demnach in der direkten und aktiven Unterdrückung der deutschen proletarischen

... Auch heute noch, über 40 Jahre nach der Katastrophe von 1933, drückt sich der Kommunismus in der Kritik an den bestehenden Parteien und Gewerkschaften und der bestehenden Gesellschaftsordnung aus. Sie bildet die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung sich den Weg zu ihrem Wiederaufstieg aus der tiefen, langen Verfallsperiode der letzten 40 Jahre bahnt.

... Die Periode, die dieser Nachdruck umfaßt bzw. ihr von 1945-1948 vorausgeht, ist das Bindeglied, das den historischen Zusammenhang zwischen der lähmenden Niederlage der kommunistischen Bewegung Deutschlands durch den Sieg des Nationalsozialismus 1933, der ihr folgenden Periode der Illegalität und unserer Gegenwart herstellen muß. Denn die kommunistische Bewegung selbst unterliegt einer widerspruchsvollen Entwicklung; bis zu ihrem endgültigen Sieg durchläuft sie Perioden des Aufstiegs und des Niedergangs. Aus jeder Niederlage entsteht von Neuem unter dem Zwang der historischen Entwicklung die Notwendigkeit für Kommunisten, sich die Fähigkeiten anzueignen, die den objektiven Anforderungen gerecht werden. Diese bestehen darin, der Arbeiterklasse auf dem Weg des Kampfes und des schließlichen Sieges über das kapitalistische System zu helfen. Daher wird es notwendig, Einblick in diese Periode zu vermitteln, in der die Überlebenden aus der Illegalität, den Konzentrationslagern und Gefängnissen wie der politischen Emigration (soweit sie nach Deutschland zurückkehrten) sich im Rahmen der vorhandenen Kräfte und Möglichkeiten an die Aufgabe machten, die Grundlagen für den Wiederaufstieg der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu legen. ...

Vollständiger Nachdruck der ersten 29 Ausgaben der Zeitschrift »Arbeiterpolitik« von November 1948 bis Juli 1950. Einschließlich des seltenen Sonderheftes vom Oktober 1949. 40 Seiten Inhaltsverzeichnis und Vorwort. 400 Seiten Text fotokopiert, durchgehend paginiert (einschließlich der Original-Seitenzahlen), Klebebindung, Format 14,5 x 20,5 cm. Preis DM 20,-.

GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG
DES STUDIUMS DER ARBEITERBEWEGUNG e.V.
Postfach 15 02 47 · 2800 Bremen 15